

## **Antworten der SPD**

**1. Wie sehen Sie die Lage der Freien Kunst- und Kulturszene nach der Corona-Pandemie und was folgt für Sie daraus?**

Antwort: Die Covid-19-Pandemie hat den Kulturbetrieb besonders hart getroffen, insbesondere die wenig resistente (nicht-staatliche) Szene und die dort engagierten Künstlerinnen und Künstler. Aufgrund der Corona-Hilfen von Bund und Land konnten sich zwar viele Kulturbetriebe über Wasser halten, an der sozialen Lage vieler Kulturschaffender und dem prekären Kontext, in dem Kulturarbeit stattfindet, hat sich nichts geändert. Daher besteht reichlich Handlungsbedarf nach der Pandemie.

Wir brauchen definitiv ein besseres Krisenmanagement und ein differenziertes Handeln und Entscheiden, dass den sehr unterschiedlichen Formaten und Möglichkeiten von Kultureinrichtungen Rechnung trägt. Die positiven kreativ-kulturellen Erfahrungen, die wir gemacht haben, etwa mit neuen Formaten und Hybrid-Konzepten sollten wir etablieren. Eine Krise ist immer auch eine Chance. Wir müssen stärker in den Austausch mit Vertreter:innen der Kunst- und Kulturszene treten, um gute Konzepte für eine praxisnahe Förderung zu entwickeln, um Strukturdefizite zu beseitigen und eine Post-Corona-Zukunft für Kunst und Kultur zu gestalten.

**2. Im Masterplan Kultur Hessen wird als Ziel genannt, dass freie Kulturschaffende in Hessen fair bezahlt werden und gute Arbeitsbedingungen haben. Was würden Sie tun, um das zu erreichen?**

Antwort: Die freien Künstler\*innen bilden ein Herzstück der sozialdemokratischen Kulturpolitik. Ihr Ansatz, unabhängig von großen Institutionen oder mit diesen in Kooperation Werke zu erarbeiten, verdient unsere volle Unterstützung. Denn die Freie Kulturszene und soziokulturelle Zentren bereichern in der Breite und mit ihren häufig experimentellen Formen die hessische Kulturlandschaft. In allen Kunstgattungen hat sich eine enorme Vielfalt und Qualität entwickelt.

Die SPD Hessen setzt sich grundsätzlich für Mindestlohn, aber auch für faire Honorare für Künstlerinnen und Künstler ein. Denn nicht selten müssen Künstler\*innen unter schwierigen, teils prekären Bedingungen arbeiten. Diese Lage hat sich während der bestehenden Krisen verschärft. Für die Sicherung und Weiterentwicklung der Szene ist es daher von erheblicher Bedeutung, dass es gute Arbeitsbedingungen gibt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Förderungen erhöht werden, gerade in Ballungsräumen günstige Arbeitsräume gesichert werden, Mindesthonorare gezahlt und die Sichtbarkeit von freien Künstler\*innen insgesamt deutlich verbessert wird. Die im Oktober 2022 von der „Kommission für faire Vergütung für selbstständige Künstlerinnen und Künstler“ der KMK vorgelegte Honorarmatrix-Struktur zur fairen Vergütung selbstständiger Künstler\*innen halten wir für eine gute Grundlage für die Ausgestaltung in Hessen.

**3. Der Masterplan Kultur beinhaltet auch die Idee eines Kulturrates, um die Kulturszene besser zu vernetzen und die Zusammenarbeit mit dem HMWK zu verstärken. Befürworten Sie einen Kulturrat und welche Aufgaben und Möglichkeiten soll er haben?**

Antwort: Die Idee eines Kulturrates, wie es ihn in anderen Bundesländern, wie Thüringen (seit 2011) oder Brandenburg (seit 2020) bereits gibt, befürworten wir. Der Kulturrat Brandenburg etwa versteht

sich als Schnittstelle zwischen Kulturschaffenden und der Landespolitik. Ziel des Vereins ist es, gemeinsame kulturpolitische Interessen zu formulieren und gegenüber der Politik und Öffentlichkeit zu vertreten.

Zu den Aufgaben des Kulturrates könnte etwa die Einführung von Honorarmindeststandards, eine transparentere Kulturförderung, mehr Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement und Verbesserungen bei der kulturellen Bildung, die Erarbeitung von Empfehlungen und Prioritätenlisten der Projektverwirklichung und -förderung durch das Land zählen.

**4. Von Antragsstellung bis zum Bewilligungsbescheid benötigt das HMWK bei der Förderung im Bereich Darstellende Künste nicht selten bis zu 6 - 7 Monate (Beispiel: Antragsstellung Ende Oktober, Bewilligung: Mai/Juni des Folgejahrs bei einer Förderung für das jeweilige erste Halbjahr). Für viele Projekte und Verbände bedeutet das, nicht ohne Darlehen oder temporären Honorarverzicht bzw. Aussetzung von Löhnen überleben zu können. Welche Veränderungsmöglichkeiten sehen Sie, um für die Betroffenen Planungssicherheit herzustellen?**

Antwort: Die geschilderte Praxis, dass von der Antragstellung bis zur Bewilligung bis zu sieben Monate vergehen und die Verbände oft nicht ohne Darlehen oder Honorarverluste bzw. Lohnaussetzung überlegen können, ist völlig unbefriedigend. Förderprogramme müssen vereinfacht, entbürokratisiert und Projektlaufzeiten verlängert werden.

Wir vertreten die Ansicht, dass ein Land seine Landesförderungen für Kultureinrichtungen verbindlich mit Honoraruntergrenzen (Mindesthonorare) koppeln muss. Kulturarbeit ist Arbeit und verdient faire Entlohnung. Vorbild könnte das Fair Pay-Förderprogramm aus Österreich sein. Das Land hat für uns eine Vorbildfunktion. Wir wollen eine angemessene Vergütung erreichen und im Dialog mit den Fach- und Berufsverbänden auch neue Förderprogramme erarbeiten.

**5. Noch immer gibt es keinen eigenen Fördertopf für die Freien Darstellenden Künste, was dazu führen kann, dass von der Szene politisch erreichte Mittelerhöhungen für andere Zwecke genutzt werden. Was wollen Sie tun, um mehr Transparenz in die Förderung unserer Szene zu bringen?**

Antwort: Wie schon in Frage 3 ausgeführt, muss die Kulturförderung des Landes transparenter werden. Dafür brauchen wir mehr Beteiligung und die Zusammenarbeit mit Verbänden, etwa in Form des Kulturrates. Transparenz gilt insbesondere für die Mittelvergabe. Denn bereits im Doppelhaushalt sind Mittel für den Masterplan Kultur Hessen eingestellt worden, die von der Landesregierung inzwischen offenbar ohne Einbeziehung von Kulturakteuren und ohne Ausschreibung verausgabt wurden.

**6. Was wollen Sie weiter tun, um die Förderstrukturen im Bereich Darstellende Künste zu entbürokratisieren?**

Antwort: Um die Entbürokratisierung voranzutreiben, müssen Förderstrukturen vereinfacht, modernisiert und Antragsverfahren transparenter gestaltet werden. Das erreicht man vor allem durch eine bessere Koordinierung der Kulturförderung von Bund und Ländern. Die SPD wird nach Regierungsübernahme eine Stelle in der Landesverwaltung einrichten, die Kommunen unterstützt, vernetzt und mit eigenen Förderprogrammen entwickelt. Es kann nicht sein, dass der Antrag für

Landesgelder komplizierter ist als einen Antrag bei einer Bundesbehörde zu stellen. Wir werden dies verändern und die Antragstellung wieder in die Landesverwaltung zurückholen. Gemeinsam mit allen Akteuren aus Kommunen und Zivilgesellschaft werden wir die Antragstellung entschlacken und an die Lebenswirklichkeit anpassen.

Alle im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen und jede/r einzelne Abgeordnete haben die Möglichkeit durch Vorschläge auf die Änderung von Vorschriften der hessischen Kulturförderung hinzuwirken, die regierungstragenden Fraktionen und die Regierung selbst können diese dann umsetzen.

**7. Sind sie dafür, dass wie in den meisten Bundesländern auch in Hessen zukünftig jenseits punktueller Projektförderung auch dauerhafte, mehrjährige Förderung möglich wird? Würden Sie Verhandlungen mit dem Rechnungshof dazu führen?**

Antwort: Kunst und Kultur sind für die SPD Hessen mehr als eine freiwillige Leistung, sie sind Teil der Daseinsvorsorge und unabdingbar für ein gutes Leben. Es braucht eine verlässliche Unterstützung der freien Kulturszene genauso wie die Stärkung der großen Institutionen der Theater, Konzerthäuser, Museen und auch der Kunsthochschulen. Diese Förderung versteht sich dabei nicht nur materiell, sondern sie ist eine zielgerichtete Kulturpolitik, die Kunst als Möglichkeitsraum und als Ort der Vermittlung von Erfahrung und Wissen begreift.

**8. Soll Darstellende Kunst im ländlichen Raum zukünftig stärker gefördert werden? Welche Instrumente würden dabei helfen?**

Antwort: Wir wollen die vielfältigen Kulturinitiativen insbesondere auch außerhalb der Ballungsräume stärker miteinander vernetzen. Ziel ist es, möglichst vielen Menschen kulturelle Teilhabe nachhaltig zu ermöglichen. Kultur muss auch auf dem Land als Teil der Daseinsvorsorge verstanden und vorgehalten werden.

**9. Gastspiele stärken die Nachhaltigkeit freier Produktionsweise, denn sie bringen bereits zur Premiere gebrachte Stücke und Produktionen in andere Kommunen. Bislang werden diese überwiegend für Kinder- und Jugendtheatergastspiele im ländlichen Raum unterstützt. Wie können zukünftig mehr Gastspiele für andere Genres und Orte möglich werden?**

Antwort: Die SPD Hessen will die regionale Zusammenarbeit für die Kultur in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum gezielt stärken. Dazu sollen Kooperation, auch für Gastspiele, noch stärker gefördert werden, indem wir entsprechende Anreize geteilter Kulturangebote schaffen. Auch Kommunen, die eine Kulturentwicklungsplanung anstrengen, sollen landesseitig stärker gefördert werden. Kulturelle Angebote sollen bei Fragen der Begleitung von Stadtentwicklungskonzepten größere Berücksichtigung finden. Dazu zählt besonders die Schaffung von Kulturräumen, die mit ihren Angeboten für alle zugänglich sind.

**10. Kinder und Jugendliche sind ein wichtiges Publikum von heute und morgen. Was wollen Sie tun, um diesen mehr Möglichkeiten zu geben, Darstellende Künste zu sehen und auszuprobieren? Festivals sind für unsere Szene ein wichtiger Publikumsmagnet. Wie könnten diese besser von Hessen unterstützt werden?**

Antwort: Um die kulturelle Teilhabe von Kindesbeinen an kostenfrei sicherzustellen, wollen wir ein landesweites Kultur-Ticket für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre einführen. Die SPD Hessen wird in Regierungsverantwortung einen größeren Schwerpunkt auf kulturelle Bildung legen. Dazu zählen neben den schulischen die außerschulischen Angebote der kulturellen Kinder- und Jugendbildung sowie der gemeinwohlorientierten Weiterbildung. Im Besonderen zählen dazu neben Kunst und Musikschulen, Museen, Theater, Volkshochschulen, Bibliotheken und Kinos auch Bildungsprojekte der freien Kulturszene. Aus unserer Sicht unabdingbar ist auch eine Stärkung der Schulfächer Kunst, Musik und Darstellendes Spiel. Dafür benötigen wir gut qualifiziertes Personal. In echten Ganztagschulen bestehen die notwendigen Voraussetzungen für eine vielfältige kulturelle Förderung und den Austausch mit der Kulturszene vor Ort.

**12. Verbände wie laPROF brauchen eine nachhaltige und zukunftsfähige Absicherung, um ihre vielfältigen Aufgaben für die eigene Szene zu bewerkstelligen. Wären Sie bereit, die Förderung für unseren Verband zu erhöhen?**

Antwort: Insbesondere die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig Verbandsstrukturen in der Kultur sind. Kulturverbände haben ihre Forderungen nach mehr Unterstützung und Wertschätzung für die Kultur in der Krise deutlich artikuliert und dadurch die Sichtbarkeit von freien Künstler\*innen insgesamt verbessert. Intakte und starke Strukturen und gut ausgestattete Geschäftsstellen sind für uns eine wichtige Voraussetzung.

**13. laPROF fordert für die Freien Darstellenden Künste mittelfristig eine Erhöhung von 1,5 Millionen Euro für die Förderung unserer Szene. Würden sie das in der nächsten Wahlperiode umsetzen?**

Antwort: Eine Aufstockung der Mittel um 1,5 Millionen Euro können wir aktuell nicht versprechen, da wir die finanziellen Spielräume, die das HMWK hat, als Oppositionspartei nicht kennen. Zunächst ist ein Kassensturz notwendig, den wir in Regierungsverantwortung angehen werden. Danach können wir sagen, welche finanziellen Möglichkeiten wir in den einzelnen Bereichen haben und die Mittel bedarfsgerecht erhöhen. Wie bereits erwähnt, geht es uns um eine verlässliche Unterstützung der freien Kulturszene, aber auch um eine Stärkung der großen Institutionen.

**14. Welche weiteren Ideen haben Sie, um die Situation der Freien Darstellenden Künste in Hessen zu verbessern?**

Antwort: Für uns gilt und stand immer fest, dass zur Verbesserung einer Situation zunächst eine Bestandsaufnahme gehört, Vorschlägen und Forderungen mit den Betroffenen diskutiert und nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden. Als SPD haben die Aufstellung des Masterplans Kultur und den Beteiligungsprozess befürwortet und von Anfang an mit parlamentarischen Initiativen begleitet. Wir wurden von der Landesregierung aber weder in den Prozess noch in die Erarbeitung und Erstellung des Plans eingebunden. Trotzdem halten wir den Masterplan für einen guten Grundkonsens und werden, vorausgesetzt wir sind in Regierungsverantwortung, in der kommenden Legislaturperiode auch die Konkretisierung und Umsetzung angehen.